

## **EP-G-01 B – Was Gerechtigkeit schützt**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Workshops: Abschnittsweise  
Identifizierung von Änderungsbedarfen

### **Antragstext**

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende  
2 Wetterextreme haben  
3 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und  
4 Rentner\*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft  
5 Einschnitte  
6 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die  
7 Existenzgrundlage  
8 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen  
9 gestiegene  
10 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

11 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich  
12 ist, wenn  
13 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

14 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und  
15 Zusammenhalt. Europa  
16 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von  
17 Millionen von  
18 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die  
19 Menschen in  
20 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat  
21 verlassen können,  
22 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

23 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
24 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU  
25 kann  
26 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten  
27 Wohlstand  
28 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn  
29 erarbeiten.

30 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für  
31 klimaneutrales  
32 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs  
33 für  
34 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in  
35 Hand und  
36 bedingen einander.

37 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den  
38 Schutz jeder  
39 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die  
40 Rechte der  
41 Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den  
42 Anspruch der  
43 Bürger\*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger  
44 Gesundheitsversorgung.  
45 Es sorgt dafür, dass Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es  
46 trägt dazu bei,  
47 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

48 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale  
49 Union, die  
50 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben  
51 in Würde und  
52 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und  
53 einem Auskommen  
54 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein  
55 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

56 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst  
57 wird. Dafür  
58 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die  
59 Bedingungen dafür  
60 verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und sicherer überall in der  
61 Union leben  
62 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

63 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne  
64 und starke  
65 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle  
66 in der EU,  
67 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale  
68 Infrastruktur die  
69 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine  
70 Infrastrukturunion für  
71

72 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare  
73 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung  
wirksam vor.

74 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt  
75 und vor Ort  
76 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität  
77 sprechen, dann  
78 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen  
79 Sozialmodells,  
80 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und  
81 materielle  
82 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als  
83 die  
84 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der  
85 demografische  
86 Wandel die Arbeitswelt verändern.

87 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales  
88 Europa  
89 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten  
90 sozialen Politik.  
91 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen  
92 rechtsverbindliche  
93 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der  
94 Sozialstaat  
95 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf  
96 soziale  
97 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

98 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,  
99 das  
100 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das  
101 gerechte Europa  
102 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum  
103 Mailand, in der  
104 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair  
105 bezahlter  
106 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

107 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es  
108 bekämpft  
109 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die  
110 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den  
111 Generationen, Familien

112

113 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU  
114 angelegt. Für  
diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

## 115 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

### 116 **Faire Löhne erreichen**

117 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen  
118 Mitsprache  
119 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer  
120 von seiner  
121 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann  
122 sich auch bei  
123 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute  
124 Standards in ganz  
125 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine  
126 starke  
127 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige  
128 Grundlagen für  
129 gute Arbeit.

130 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie  
131 schützt Wert  
132 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte  
133 in Europa  
134 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf  
135 unsere  
136 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht  
137 hat. Die  
138 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach  
139 klaren  
140 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir  
141 wollen, dass  
142 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der  
143 gesetzliche  
144 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für  
145 Beschäftigte  
146 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich  
147 gestärkt werden:  
148 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80  
149 Prozent müssen  
150 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und  
151 damit  
152 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die

153 Reichweite von  
154 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die  
155 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein  
156 wirksames  
157 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit  
158 sich immer  
159 lohnt.

160 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend  
161 ausbauen, indem  
162 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an  
163 der Seite der  
164 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den  
165 Europäischen  
166 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregeln beendet. Dabei wollen wir die  
167 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für  
168 Europäische  
169 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-  
170 Unternehmen in  
171 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere  
172 Vertretung von  
173 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen  
174 Betriebsräten ein.  
175 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue  
176 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von  
177 Arbeitnehmer\*innen ein, die  
178 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen  
179 abgestimmt ist.

180 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in  
181 einer sich  
182 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit  
183 ständiger  
184 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den  
185 Schutz der  
186 Arbeitnehmer\*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

### 187 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

188 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen  
189 entstehen  
190 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird  
191 flexibler,  
192 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der  
193 digitalen  
194

195 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte  
196 von  
Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein.

197 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale  
198 Dienste anbieten  
199 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt,  
200 dass 4  
201 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen  
202 Gesetzgebung zu  
203 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,  
204 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu  
205 unzureichender  
206 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht  
207 zudem bessere  
208 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem  
209 Arbeitsinspektionen  
210 stärken.

211 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
212 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch  
213 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische  
214 Management. Die  
215 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und  
216 der  
217 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir  
218 beenden. Um  
219 die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen  
220 wir uns für  
221 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

## 222 **Freizügigkeit einfacher machen**

223 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein  
224 Grundprinzip  
225 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU.  
226 Damit das  
227 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere  
228 Koordinierung  
229 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

230 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU  
231 Sozialversicherungsansprüche, die  
232 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können  
233 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein:

234 Die  
235 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen  
236 die  
237 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir  
238 wollen  
239 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,  
240 um soziale  
241 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können  
242 und die  
243 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen.

244 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner\*innen oder Menschen mit  
245 chronischen  
246 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein  
247 Europäischer  
248 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die  
249 Übertragbarkeit von  
250 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung  
251 entbürokratisieren.  
252 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales  
253 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu  
254 verhindern und einen  
255 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

256 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele  
257 Beschäftigte zum Alltag  
258 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Wir  
259 wollen, dass  
260 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern  
261 prinzipiell  
262 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb  
263 setzen wir uns  
264 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-  
265 weit im  
266 Homeoffice zu arbeiten.

### 267 **Ausbeutung bekämpfen**

268 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus  
269 ein  
270 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus  
271 Österreich in  
272 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:  
273 Unionsbürger\*innen und  
274 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und  
275

276 Ausbeutung,  
wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

277 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-  
278 Fernfahrer\*innen, bei  
279 Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen  
280 Formen der  
281 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende  
282 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie  
283 Schulungen in  
284 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern  
285 sollten. Auch  
286 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der  
287 Europäischen  
288 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für  
289 gemeinsame  
290 koordinierte Inspektionen erhalten.

291 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von  
292 Subunternehmen zu  
293 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich  
294 verankern. Immer  
295 wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in  
296 überfüllten  
297 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete,  
298 die direkt  
299 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung  
300 wollen wir  
301 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

302 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich  
303 Betroffene einfach  
304 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren  
305 Durchsetzung  
306 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche  
307 Finanzierung für die  
308 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und  
309 Unterstützungsstrukturen  
310 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle  
311 Partnerinnen in der  
312 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische  
313 Zahlungen im  
314 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von  
315 Arbeitsnormen in der  
316 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität  
317 muss nun



318 effektiv umgesetzt werden.

### 319 **Kinderarmut abbauen**

320 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das  
321 entspricht  
322 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur  
323 nur sehr  
324 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen  
325 Mangel im  
326 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und  
327 erfolgreiches  
328 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können.  
329 Dazu  
330 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut  
331 ausgebauten  
332 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die  
333 Bundesregierung  
334 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen  
335 Kinderarmut auf  
336 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht  
337 mehr versteckt  
338 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder  
339 abgesichert  
340 sind.

341 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der  
342 Europäischen  
343 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder  
344 aus  
345 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang  
346 zu Bildung  
347 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung  
348 der  
349 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

### 350 **Soziale Mindeststandards verankern**

351 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.  
352 Hohe  
353 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell  
354 verschärft.  
355 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen  
356 können, die  
357 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer

358 verbindliche  
359 Mindeststandards.

360 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene  
361 Mindestsicherungssysteme zu  
362 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten  
363 Standards mit  
364 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden.  
365 In diesem  
366 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem  
367 jeweiligen  
368 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit  
369 fördern und  
370 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind  
371 für einen  
372 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

### 373 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

374 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge  
375 gegen  
376 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale  
377 Lehre aus den  
378 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen  
379 krisenfest  
380 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen  
381 ermöglichen.  
382 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten  
383 aber  
384 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze  
385 EU. Mit dem  
386 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der  
387 Coronapandemie  
388 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den  
389 Einsatz von  
390 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten  
391 allein im Jahr  
392 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf  
393 dieser  
394 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die  
395 Mitgliedstaaten ein  
396 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen  
397 Arbeitslosenversicherungen – und  
398 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen  
399 Ausnahmesituationen  
400 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

401 **Wohnen bezahlbar machen**

402 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der  
403 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,  
404 ist für alle  
405 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende  
406 Mieten und ein  
407 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter\*innen bis in die Mitte  
408 der  
409 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr  
410 bezahlbaren  
411 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor\*innen, die europaweit  
412 im  
413 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts  
414 Immobilien- und  
415 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den  
416 Prüfstand  
417 stellen, um Mieter\*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu  
418 schützen.

419 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den  
420 extremsten  
421 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis  
422 2030 zu  
423 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins  
424 Leben gerufen.  
425 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie  
426 voneinander  
427 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner  
428 wollen wir  
429 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen  
430 Fördermittel  
431 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

432 **2. Starke Regionen**

433 **Kommunen stärken**

434 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen  
435 und Kommunen.  
436 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen.  
437 Starke Kommunen  
438 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der  
439 kommunalen  
440 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip

441 – also  
442 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein  
443 Europa, das  
444 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

445 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken  
446 soll, wo  
447 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben  
448 der  
449 Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und  
450 das Ehrenamt  
451 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens  
452 und mit einer  
453 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und  
454 Arbeitnehmer\*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf  
455 nicht dazu  
456 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es  
457 braucht  
458 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische  
459 Kriterien in den  
460 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die  
461 Rechtssicherheit  
462 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu  
463 entscheiden. So können  
464 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem  
465 wir in der  
466 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir  
467 für neue  
468 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen  
469 Gestaltungsspielräume  
470 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

471 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine  
472 existenzielle  
473 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der  
474 Bürgerinitiative  
475 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit  
476 Trinkwasser  
477 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein  
478 marktwirtschaftlichen  
479 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der  
480 Wasserversorgung aus der  
481 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

482 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die  
483 Zivilgesellschaft

484 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb  
485 wollen wir  
486 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
487 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie  
488 die  
489 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden  
490 regionalen  
491 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie  
492 wollen wir  
493 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll  
494 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit  
495 grenzüberschreitenden  
496 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen, der Zusammenarbeit  
497 der  
498 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am  
499 Alltag der  
500 Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

#### 501 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

502 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:  
503 in den  
504 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente  
505 Förderpolitik in der EU  
506 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels  
507 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der  
508 Regionen in  
509 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in  
510 seiner  
511 Größe an den Herausforderungen orientieren.

512 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese  
513 Herausforderungen  
514 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen  
515 Mitgliedstaaten.  
516 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei  
517 der  
518 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.  
519 Strukturschwache und  
520 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und  
521 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den  
522 Mittelpunkt stellen,  
523 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

524 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große

525 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen  
526 Menschen und  
527 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss  
528 die EU-  
529 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter\*innen der Zukunft vor  
530 Ort und  
531 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

532 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig  
533 Effizienz und  
534 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die  
535 Fördermittel an  
536 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische  
537 Sozialfonds  
538 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns  
539 zahlreiche  
540 Gründer\*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter  
541 gebildet. Wir  
542 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive  
543 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns  
544 dafür ein, dass  
545 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern  
546 für eine  
547 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten  
548 Arbeits- und  
549 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen  
550 wahrzunehmen,  
551 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum  
552 Standortvorteil.

553 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu  
554 entwickeln. Die  
555 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der  
556 Anträge und  
557 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns  
558 dafür  
559 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu  
560 erleichtern.  
561 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die  
562 nötige  
563 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um  
564 bürokratische Hürden  
565 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen  
566 einführen und  
567 ehrenamtliche Antragsteller\*innen nach Projektbewilligung von der  
568 Vorfinanzierung befreien.

569 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

570 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der  
571 Zivilgesellschaft  
572 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft  
573 gegenseitiges  
574 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung  
575 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche  
576 Beratungen  
577 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten  
578 sein. So  
579 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

### 580 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

581 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet  
582 erheblich über  
583 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen  
584 Räume näher  
585 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell  
586 gestärkte Kommunen  
587 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel.  
588 Alle  
589 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie  
590 eine  
591 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und  
592 austauschen können.  
593 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und  
594 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir  
595 Förderansätze  
596 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

597 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche  
598 Wertschöpfung  
599 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent  
600 Mehrfachnutzen  
601 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-  
602 Photovoltaik oder  
603 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der  
604 Erneuerbaren und  
605 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den  
606 gezielten Einsatz  
607 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren.  
608 Wir setzen uns  
609 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die  
610

611 Entwicklung des  
ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

612 **Vergaberecht modernisieren**

613 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung  
614 des Green  
615 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine  
616 sichere Zukunft,  
617 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen  
618 Kriterien  
619 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für  
620 eine  
621 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile  
622 europäische  
623 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am  
624 Menschen  
625 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die  
626 europäische  
627 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen  
628 Arbeitsmarkt: Es  
629 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs  
630 werden. Ein  
631 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz  
632 Europa.

633 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel  
634 wollen wir  
635 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten  
636 in der EU  
637 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches  
638 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

639 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und  
640 unkomplizierte Verfahren  
641 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die  
642 Vergabe  
643 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare  
644 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine  
645 aktive  
646 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf  
647 die  
648 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe  
649 öffentlicher  
650 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.



### 651 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

#### 652 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

653 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

654 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen  
655 für unsere  
656 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir  
657 ihnen  
658 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der  
659 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch  
660 langjährige  
661 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit  
662 zustande gekommen  
663 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von  
664 Schutzausrüstungen und  
665 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei  
666 Grenzschießungen  
667 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische  
668 Notsituationen  
669 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention  
670 und die  
671 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und  
672 zwischen den  
673 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu  
674 bewältigen.

675 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die  
676 Krisenvorsorge zu  
677 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene  
678 zusammenarbeiten. Die EU  
679 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu  
680 ergänzen. Sie  
681 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene  
682 setzen wir uns  
683 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale  
684 Gesundheitsinitiativen  
685 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu  
686 bezahlbaren  
687 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn  
688 Gesundheitskrisen  
689 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem  
690 Eigeninteresse, denn  
691 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven

692 Technologie- und  
693 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein.  
694 Monopole auf  
695 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu  
696 überlebenswichtigen  
697 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht  
698 verhindern.

#### 699 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

700 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten  
701 Zeichen der  
702 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den  
703 Folgen von  
704 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen  
705 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die  
706 notwendige  
707 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb  
708 wollen wir  
709 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder  
710 sowie zu  
711 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,  
712 beispielsweise  
713 durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

714 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer  
715 sogenannten  
716 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.  
717 Damit  
718 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit  
719 nicht isoliert  
720 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der  
721 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere  
722 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen  
723 Zoonosen; weniger  
724 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen;  
725 saubere Luft  
726 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

#### 727 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

728 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,  
729 konfliktreich  
730 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen  
731 sind. Diese

732 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei  
733 vielen jungen  
734 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur  
735 körperlichen wird der  
736 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige  
737 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa  
738 ändern. Wir  
739 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch  
740 dafür, die  
741 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
742 besser zu  
743 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa ein und  
744 wollen zusammen  
745 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen  
746 für mentale  
747 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen  
748 angehen. Darum  
749 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit  
750 übergreifend in  
751 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres  
752 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser  
753 Hinsicht die  
754 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine  
755 möglichst  
756 rasche und umfassende Umsetzung ein.

757 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die  
758 Betroffenen häufig  
759 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen.  
760 Die Pandemie  
761 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen  
762 uns mit  
763 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und  
764 Integration ein.

#### 765 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

766 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:  
767 alternde  
768 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die  
769 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und  
770 ihren  
771 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit  
772 häufig auch eine  
773 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in  
774 Kauf nimmt.

775 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat  
776 die EU-  
777 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir  
778 begrüßen die  
779 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und  
780 nachhaltiger zu machen  
781 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser  
782 vorzubeugen und diese  
783 früher zu melden.

784 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln  
785 und zu  
786 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei  
787 setzen wir zwei  
788 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit  
789 unentbehrlich sind,  
790 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig  
791 verfügbar  
792 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die  
793 es bislang  
794 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die  
795 Anreize für  
796 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen  
797 zugleich aber nicht  
798 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt  
799 von  
800 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für  
801 geschlechterspezifische  
802 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung  
803 zwischen Frauen  
804 und Männern besser berücksichtigt werden.

805 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.  
806 Der Mangel an  
807 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu  
808 immensen  
809 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung  
810 eingesetzt  
811 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung  
812 sowie die  
813 Preisgestaltung einhergehen.

#### 814 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

815 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die

816 gesundheitliche  
817 Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten können besser  
818 diagnostiziert,  
819 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung  
820 von  
821 Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern  
822 grenzüberschreitend in  
823 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll  
824 deshalb europaweit  
825 den Zugang zu digitalen Patient\*innen-Akten ermöglichen.

826 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient\*innen  
827 stärken. Eine  
828 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient\*innen,  
829 eine  
830 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu  
831 den Daten  
832 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler  
833 Gruppen müssen  
834 umfassend berücksichtigt werden.

835  
836 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für  
837 die  
838 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von  
839 Notsituationen in der  
840 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen  
841 Paradigmenwechsel in  
842 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu  
843 größeren  
844 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die  
845 Versorgung der  
846 Patient\*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter  
847 Wahrung des  
848 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit  
849 gehören zu den  
850 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

851  
852 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine  
853 einheitliche  
854 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine  
855 grenzüberschreitende Nutzung  
856 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende  
857 Nutzung von  
858 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen  
859 durch die  
860 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

861 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

862 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet  
863 sein. Daher  
864 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.  
865 Durch einen  
866 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und  
867 Verbreitung  
868 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten  
869 gesundheitlichen  
870 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen  
871 Immunsystemen wie  
872 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu  
873 Hunderttausenden  
874 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt  
875 werden, wo  
876 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick  
877 nehmen. Wir  
878 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und  
879 die Forschung  
880 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung  
881 überprüfen, ob  
882 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar  
883 sein.

884 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin  
885 vorbehalten bleiben  
886 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den  
887 entsprechenden  
888 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen  
889 Produkten  
890 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch  
891 Maßnahmen für  
892 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von  
893 Antibiotikarückständen in  
894 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und  
895 wirksamer  
896 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

897 **Der Pflege den Rücken stärken**

898 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind  
899 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu  
900 fördern. Der  
901 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch

902 hier in  
903 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die  
904 berufliche  
905 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die  
906 Arbeitsbedingungen des  
907 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für  
908 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen  
909 innerhalb der EU  
910 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für  
911 wettbewerbsfähige  
912 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen  
913 Branchen ein.  
914 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und  
915 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in  
916 Forschungs-  
917 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung  
918 der  
919 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten  
920 wollen wir  
921 fördern.

922 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,  
923 fordern wir  
924 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz  
925 bei der  
926 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten  
927 Haushalten  
928 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

#### 929 **Cannabis europaweit legalisieren**

930 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und  
931 zeitgemäßen  
932 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine  
933 zeitgemäße  
934 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und  
935 die  
936 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem  
937 ersten großen  
938 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die  
939 Ampelkoalition endlich  
940 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf  
941 Vernunft  
942 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die  
943 Konsument\*innen in  
944 ihrer freien bewussten Entscheidung.

945 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken  
946 wir die  
947 Verbraucher\*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir  
948 Prävention und  
949 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den  
950 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine  
951 europaweite  
952 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns  
953 in Europa  
954 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die  
955 Produktion,  
956 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

## 957 **4. Bildung und Chancen**

### 958 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

959 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie  
960 vernetzen,  
961 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen  
962 Kontinent  
963 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen  
964 Hochschulen oder  
965 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018  
966 jetzt bereits  
967 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere  
968 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke  
969 ein.

970 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European  
971 Degree). Ein  
972 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das  
973 binationale,  
974 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches  
975 Qualitätssiegel  
976 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen  
977 schafft.

978 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche  
979 in Museen,  
980 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue  
981 Horizonte. Viele  
982 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für  
983 Studierende aus  
984 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen



985 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card  
986 (ESC) und dem  
987 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für  
988 einen  
989 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
990 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten  
991 und  
992 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

### 993 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

994 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,  
995 eröffnet viele  
996 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben  
997 wir mit  
998 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der  
999 EU  
1000 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus  
1001 einem Land in  
1002 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und  
1003 Absolvent\*innen  
1004 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur  
1005 durchlaufen.  
1006 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die  
1007 Anerkennung  
1008 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse  
1009 einfacher und  
1010 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

1011 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft  
1012 kompliziert,  
1013 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders  
1014 kontraproduktiv. Für  
1015 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis  
1016 (EBA) in ihrem  
1017 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich  
1018 die  
1019 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen  
1020 lassen zu  
1021 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich  
1022 erweitern.

### 1023 **Politische Bildung gegen Desinformation**

1024 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und

1025 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre  
1026 Mittel:  
1027 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und  
1028 versuchen,  
1029 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre  
1030 Verschwörungsmymen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und  
1031 europäisch  
1032 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für  
1033 politische  
1034 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die  
1035 europäische  
1036 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche  
1037 und junge  
1038 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur  
1039 Verfügung  
1040 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

1041 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse  
1042 zielgruppengerecht  
1043 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in  
1044 Zeiten von  
1045 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und  
1046 Aufklärung auch  
1047 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und  
1048 nach klaren  
1049 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir  
1050 unsere  
1051 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

#### 1052 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

1053 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der  
1054 EU. Über  
1055 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und  
1056 berufliche  
1057 Austausch ermöglicht.

1058 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr  
1059 Menschen  
1060 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für  
1061 Urlaub oder  
1062 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause  
1063 ins Ausland  
1064 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie  
1065 leisten zu  
1066

1067 können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-  
1068 Teilnehmer\*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr  
1069 kostenlos nach  
Hause und zurück zu fahren.

1070 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-  
1071 Erfahrung  
1072 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie  
1073 Informationen  
1074 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden,  
1075 wie Menschen  
1076 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

1077 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das  
1078 Programm  
1079 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele  
1080 Möglichkeiten,  
1081 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit  
1082 besseren  
1083 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen  
1084 wir  
1085 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

1086 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die  
1087 Jugendarbeit. Mit Blick  
1088 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür  
1089 einsetzen,  
1090 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 1091 **5. Europas Jugend**

### 1092 **Jugend beteiligen**

1093 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis  
1094 füreinander. Um dies  
1095 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine  
1096 außerordentliche  
1097 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen  
1098 und europaweit  
1099 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für  
1100 die  
1101 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In  
1102 unserer  
1103 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von  
1104

1105 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden  
1106 scheitert.  
1107 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung  
1108 über  
Erasmus+ aus.

1109 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst  
1110 zu Wort  
1111 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind  
1112 derzeit im  
1113 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in  
1114 Deutschland  
1115 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen  
1116 uns dafür  
1117 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen  
1118 Wirklichkeit  
1119 wird.

1120 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa  
1121 strukturell weiter  
1122 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal  
1123 für die  
1124 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene  
1125 geschaffen, dieser  
1126 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die  
1127 Ergebnisse  
1128 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission  
1129 einfließen  
1130 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im  
1131 Europäischen  
1132 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem  
1133 die  
1134 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen.  
1135 In der EU-  
1136 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir  
1137 wollen  
1138 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen  
1139 junger  
1140 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein,  
1141 dass die  
1142 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

#### 1143 **Freiwilligendienste ausbauen**

1144 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der

1145 Zivilgesellschaft  
1146 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen  
1147 Europäer\*innen ist  
1148 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der  
1149 Demokratieförderung,  
1150 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

1151 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst  
1152 schaffen, gerade  
1153 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen  
1154 wir bessere  
1155 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder  
1156 leisten  
1157 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch  
1158 Vereine, Verbände  
1159 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie  
1160 schaffen Orte der  
1161 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

1162 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die  
1163 Erfahrungen,  
1164 das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa fruchtbar machen:  
1165 Viele von  
1166 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit  
1167 einem  
1168 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior\*innen  
1169 überall in  
1170 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft  
1171 mitarbeiten können.

## 1172 **Europa entdecken**

1173 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal  
1174 im Jahr  
1175 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann  
1176 in einem  
1177 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.  
1178 Gemeinsam mit  
1179 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie  
1180 vielfältig  
1181 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es  
1182 zukünftig noch  
1183 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame  
1184 Erlebnisse zu  
1185 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen  
1186

1187 Menschen aus  
1188 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,  
1189 dass Gruppen  
aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 1190 **6. Verbraucherschutz**

### 1191 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

1192 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken  
1193 Bürger\*innen.  
1194 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen  
1195 Binnenmarkt  
1196 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert  
1197 Konsum,  
1198 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur  
1199 Vorreiterin:  
1200 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne  
1201 Infrastruktur oder  
1202 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

1203 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile  
1204 Endgeräte,  
1205 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische  
1206 Standard  
1207 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und  
1208 erleichtert  
1209 merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum  
1210 digitaler  
1211 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose  
1212 Ladetechnologien mit einschließen.

1213 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
1214 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen  
1215 bessere  
1216 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass  
1217 relevante  
1218 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

1219 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
1220 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und  
1221 Reparaturanleitungen. Ein  
1222 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine  
1223 Neuanschaffung

1224 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen  
1225 verlängert sich mit  
1226 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare  
1227 Produkte die  
1228 Geldbeutel der Bürger\*innen entlasten.

1229 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur  
1230 Selbstverständlichkeit.  
1231 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen  
1232 Gebrauchsgegenständen  
1233 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände  
1234 gesundheitsschädlicher Halb-  
1235 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um  
1236 Sicherheit  
1237 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und  
1238 schaffen ein  
1239 Register für Nanopartikel.

1240 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der  
1241 Verbraucher\*innen  
1242 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander  
1243 abgestimmten  
1244 Mechanismen von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen  
1245 Stromerzeugung  
1246 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher\*innen durch die einfache  
1247 Integration von  
1248 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

#### 1249 **Fahrgastrechte garantieren**

1250 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher  
1251 nutzbar sein.  
1252 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden  
1253 – ganz  
1254 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites  
1255 einheitliches  
1256 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den  
1257 Planungsaufwand  
1258 erheblich senkt.

1259  
1260 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die  
1261 Entschädigung für  
1262 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75  
1263 Prozent nach  
1264 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

1265 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel  
1266 ankommen.

1267 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im  
1268 Verbraucherschutz bei  
1269 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch  
1270 der  
1271 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von  
1272 Flugreisen.  
1273 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in  
1274 die Verordnung  
1275 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur  
1276 Information der  
1277 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den  
1278 Anspruch der  
1279 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

1280 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die  
1281 Regelungen zur  
1282 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für  
1283 eine  
1284 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente  
1285 Preisgestaltung für  
1286 alle Gepäckvarianten ein.

1287 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass  
1288 alle  
1289 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

#### 1290 **Vor Kostenfallen schützen**

1291 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine  
1292 erhebliche  
1293 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung  
1294 sein.  
1295 Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge  
1296 zu kündigen,  
1297 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der  
1298 Kündigung. Die  
1299 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur  
1300 Kostenfalle.  
1301 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir  
1302 einen leicht  
1303 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir  
1304 sorgen so für  
1305 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird  
1306



1307 die  
1308 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die  
1309 Beweislast  
1310 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist  
1311 diese nicht  
1312 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher\*innen:  
1313 Verträge sollen  
1314 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können.  
1315 Wir setzen  
1316 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben  
1317 Kund\*innen so  
die Kontrolle über ihre Verträge zurück.